

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungsschutz

22. Sitzung

13. Februar 2019

Beginn: 12.03 Uhr
Schluss: 14.20 Uhr
Vorsitz: Florian Dörstelmann (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Die aktuelle Broschüre des Berliner

Verfassungsschutzes zum Islamismus

(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)

[0047](#)

VerfSch

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) erläutert, dass der Berliner Verfassungsschutz die Öffentlichkeit über Phänomene und Entwicklungen innerhalb des politischen Extremismus zu unterrichten habe. Er erinnere an die empirische Studie zur salafistischen Szene in Berlin. Der thematische Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit solle verschoben werden: Man wolle den Rechtsextremismus stärker „unter die Lupe nehmen“. Eine aktualisierte Gesamtdarstellung der rechtsextremistischen Szene in Berlin solle erstellt werden. Eine grundlegende Überarbeitung und Aktualisierung von älteren Infobroschüren sei geplant. – Auch die Aktivitäten der linksextremistischen Szene werde der Verfassungsschutz thematisieren. – [Kurt Wansner (CDU): Ich dachte, die gibt es gar nicht!] – In Planung sei eine Analyse dazu, wie die Debatte um Gentrifizierung von Linksextremisten instrumentalisiert werde. – Generell sei das Öffentlichkeitsangebot des Verfassungsschutzes moderner und aktueller zu gestalten. Der Internetauftritt solle evaluiert und aktualisiert werden. Ziel sei eine schnellere und pointiertere Information über Entwicklungen in den extremistischen Spektren. – Eine Gesamtschau über die Entwicklung des vergangenen Jahres werde der Verfassungsschutzbericht liefern. Dieser werde bereits im Mai vorgestellt.

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) erklärt, dass es mit der Broschüre „Islamismus“, die in der Reihe INFO von SenInnDS erschienen sei, eine neue Publikation zum religiös motivierten Extremismus gebe. Die Broschüre nehme aktuelle Entwicklungen auf und ordne sie in das Spektrum des Islamismus ein. Sie kläre Öffentlichkeit und Medien über den islamistischen Extremismus auf und habe damit eine präventive Funktion.

Zwischen der 1 400 Jahre alten Religion Islam und dem erst Anfang des 20. Jahrhunderts entstandenen Islamismus müsse unterschieden werden. Hierzu würden die Gründe dargelegt, warum der Verfassungsschutz dieses islamistische Spektrum beobachte, das sich nur vordergründig als religiös ausbebe, letztlich aber politisch extremistische Ziele verfolge. Dies bedeute keine Stigmatisierung von Muslim/inn/en – im Gegenteil. Die präzise Beschreibung des Extremismus einiger weniger und dessen Nicht-Verallgemeinerung entlaste Muslim/innen von dem Pauschalvorwurf, Extremismus und Gewalt anzuhängen. Das islamistische Personenpotenzial habe sich 2017 auf ca. 26 000 Anhänger/innen belaufen, dies seien 0,6 Prozent der ca. 4,3 Mio. Muslime in Deutschland. Mehr als 99 Prozent der Muslim/innen in Deutschland achteten die hiesige Rechts- und Gesellschaftsordnung.

Die Broschüre stelle die Ideologie des Islamismus detailliert dar und beschreibe Gemeinsamkeiten und Unterschiede der islamistischen Gruppen und Strömungen. Zu den Kernelementen islamistischer Ideologie gehöre die Auffassung, dass der Islam ein politisches System bilde, dass die Scharia einschließlich der islamischen Strafen Anwendung finden müsse, dass man frühislamische Herrschaftskonzepte wie das Kalifat umzusetzen habe, dass Männer und Frauen nicht gleichberechtigt seien sowie dass Gewalt im Namen der Religion gerechtfertigt sei.

Das gesamte Spektrum islamistischer Gruppen und Strömungen werde behandelt und in einer Gesamtgraphik anschaulich dargestellt. Viele Organisationen und Gruppen seien nicht salafistisch, diese machten die Mehrzahl der Anhänger im Islamismus aus. Islamismus umfasse nicht nur Gruppen, die Gewalt befürworteten oder anwenden wollten. Z. B. die arabische Muslimbruderschaft agiere gewaltfrei. Daneben gebe es nichtsalafistische Gruppen wie die Hizb al-Tahrir, die Gewalt befürworteten, sowie regional terroristische Gruppen wie die libanesisch-palästinensische Hizb Allah oder die palästinensische Hamas.

Der Schwerpunkt der Broschüre liege bei Salafismus und Dschihadismus. Es gehe um das Entstehen und Agieren terroristischer Netzwerke wie al-Qaida oder „Islamischer Staat“ sowie um dschihadistische Internetpropaganda, die v. a. 2013 bis 2015 Zehntausende mobilisiert habe. – Thematisiert würden Radikalisierungen sowie die Gefahr der Rückkehr von Dschihadisten und deren Familien nach Deutschland. Aktuell seien den deutschen Sicherheitsbehörden 1 050 Ausreisende in die Dschihadregionen Syriens und des Iraks bekannt; von diesen sei ein Drittel zurückgekehrt. 110 Personen von den 350 Rückkehrern verfügten über Kampferfahrung. Von den 130 aus Berlin ausgereisten seien 60 zurückgekehrt. Angesichts der Doppelstrategie des geführten und des führerlosen Dschihads bestehe für Deutschland eine anhaltend hohe Gefahr dschihadistisch motivierter Straftaten, die von international agierenden Dschihadisten und deren Organisationen sowie von autonom agierenden Gruppen und Einzeltätern ausgehe. Die Bundesrepublik zähle für Dschihadisten zur Allianz der Kreuzzüglerstaaten, die ein vermeintlich legitimes Ziel von Anschlägen seien. Eine besondere Gefahr sei der IS trotz dessen aktueller Schwächung. – Abschließend gehe es um Maßnahmen der Prävention, die parallel zu Beobachtung und Strafverfolgung umgesetzt würden.

Ronald Gläser (AfD) meint, die Broschüre sei verharmlosend. Es werde behauptet, dass es den gewaltbereiten Islamismus erst seit Anfang des 20. Jahrhunderts gebe. In den Jahrhunderten davor habe es allerdings auch schon eine gewalttätige Ausbreitung des Islams gegeben. Die Moslems hätten sich in Europa bis nach Spanien und Sizilien ausgebreitet und die Völker dort teilweise unterdrückt und die Ungläubigen bekämpft. Durch eine gemeinsame Kraftanstrengung europäischer Völker sei die Ausbreitung des Islams vor Paris gestoppt worden. In der Broschüre werde so getan, als handele es sich beim gewaltbereiten Islam nur um ein neuzeitliches Phänomen. – Auf Seite 18 werde behauptet, dass 99 Prozent der Muslime die hiesige Rechts- und Gesellschaftsordnung achteten. Es gebe weltweit Umfragen, wonach in muslimischen Ländern 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung mit dem IS zumindest sympathisierten. Es gebe eine viel weiter verbreitete Sympathie für islamistisches Gedankengut, auch wenn nur 0,6 Prozent Gefährder ausgemacht worden seien. – Laut einer Studie des Bundesfamilienministeriums habe 2015 ein Drittel der befragten muslimischen Schüler in Niedersachsen die Frage, ob sie bereit seien, für ihre Religion in den Kampf zu ziehen, bejaht. Manche seien offen und tolerant gegenüber Extremismus und Terror. Ein Viertel bis ein Drittel hätten der Aussage zugestimmt, dass andere Religionen weniger wert seien als der Islam, dass sie für diesen kämpfen und ihr Leben riskieren würden und dass die Gesetze der Scharia wichtiger und besser seien als die deutschen Gesetze. – Er bezweifle, dass das Problem so minimal sei, wie es in der Broschüre beschrieben werde.

Kennzeichnend für Islamisten sei – so die Broschüre –, dass sie die Scharia nicht nur als Rechts- und Werteordnung begriffen, „sondern als ein politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip“. Er bitte, den Unterschied zu erklären. Für ihn sei dies fast identisch. Auf Seite 24 stehe, dass der Islam Mord und Selbstmord verbiete. Er bitte daher, Sure 2, Vers 191 zu interpretieren: „Und erschlagt sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie, von woher sie euch auch vertreiben.“ – Es gebe niemanden mehr, der sich auf derartige Passagen der Bibel berufe, aber es gebe Terroristen, die sich auf solche Koranverse beriefen. – Auf Seite 69 setze die Broschüre sich kritisch mit Islamkritikern auseinander. Er wünsche sich bei künftigen Veröffentlichungen mehr Substanz.

Stephan Lenz (CDU) bedankt sich für die Vorlage der instruktiven Broschüre. Der Verfassungsschutz solle auch Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Er solle über Beobachtungsergebnisse informieren und auch in die Schulen gehen, um für die FDGO zu werben. Rechts-, Linksextremismus und Islamismus seien gleichermaßen problematisch. – Aufgabe des Ausschusses sei, die Tätigkeit des Verfassungsschutzes zu kontrollieren und zu begleiten, dieser habe sich mit Extremismus auseinanderzusetzen. Anderes könne problematisch sein, dies sei aber nicht extremistisch. – Die Broschüre führe nicht zu einer Stigmatisierung der Muslime in Gänze. Falls mehr Mittel benötigt würden, sollte dies signalisiert werden.

Holger Krestel (FDP) vermisst in der Broschüre Hinweise auf Querverbindungen zwischen Islamisten und Vertretern der Clan-Kriminalität. Warum sei darauf verzichtet worden?

Tom Schreiber (SPD) bedankt sich für die Zusammenstellung. Der Verfassungsschutz habe immer aktuelle Bestrebungen im Blick gehabt. Die Broschüre sei ein Beispiel dafür, dass der Verfassungsschutz seiner Öffentlichkeitsfunktion nachkomme. Es gebe viele Möglichkeiten, modern auf Themen zu reagieren.

Niklas Schrader (LINKE) sagt, die Broschüre sei einigermaßen differenziert. Das Bemühen, ein differenziertes Bild des Islamismus zu zeichnen, sei zu erkennen. Die Auffassung des Verfassungsschutzes unterscheide sich deutlich von derjenigen, die von der AfD geäußert worden sei. – Teile der Bevölkerung teilten nicht das differenzierte Bild des Verfassungsschutzes. Dies sei ein Problem. – Sei die Broschüre auf spezielle Zielgruppen ausgerichtet? – Dass der Verfassungsschutz in Bildungseinrichtungen gehen solle, sehe er kritisch. In Schulen sollten nur Akteure gehen, die ihre Quellen auch offenlegen könnten, damit sie überprüfbar seien. – Nur ein Träger im Bereich Deradikalisierung werde erwähnt, VPN. Hätte nicht auf die verschiedenen Projekte hingewiesen werden können?

Benedikt Lux (GRÜNE) bedankt sich für die informative Broschüre. Ein Siebtel der ausgereisten Personen sei minderjährig gewesen. Der Staat müsse sich fragen, welche Fürsorgemöglichkeiten er habe. Hätte man nicht früher Maßnahmen treffen müssen? – Die alten Strukturen wirkten noch, obwohl die alten Tanker nicht mehr zugkräftig seien. Welche der beobachteten Organisationen sei die zugkräftigste? Zu wem seien die Rückkehrer gegangen? Wie sei die Mobilität von islamistischen Gefährdern? – In der Kriminalstatistik gebe es politisch motivierte Kriminalität aufgrund von religiöser Ideologie: 16 Gewalttaten 2017. Offenbar verhalte sich der Großteil der hier lebenden Muslime regelkonform. Allerdings teilten viele Gedankengut, das mit einer demokratischen Auffassung unvereinbar sei. Man müsse sich aber an dem Verhalten orientieren.

Kurt Wansner (CDU) gesteht zu, dass die Broschüre für den Anfang ganz gut gelungen sei. Er erwarte aber, dass noch andere Dinge fortgeschrieben würden. Dass Milli Görüş nur 500 Anhänger in Berlin habe, treffe nicht zu; es seien mehr, und sie seien radikaler. – In dem Heft fehlten die Gefahren, die von Moscheen ausgingen. Von der Moschee in der Wiener Straße sei nicht bekannt, wer diesen Prachtbau finanziert habe. Wisse der Verfassungsschutz, was dort erzählt werde? – In der neuen DITIB-Moschee in Köln hätten irritierende Gespräche stattgefunden. Probleme aus diesen Bereichen seien nicht aufgelistet. – Es freue ihn, dass sogar die Linkspartei sich mit der Broschüre beschäftigt habe. – Die Diskussion um den Islam werde in den nächsten Jahren weitergehen. Der Verfassungsschutz sollte sich intensiv mit den Organisationen beschäftigen, die heute noch als nicht gewaltbereit eingeschätzt würden. In der Türkei hätten diese Kreise sich in den letzten Jahren sehr schnell verändert. Insofern müsse man sich Sorgen um das gemeinsame, gleichberechtigte Zusammenleben in der Stadt machen.

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) bekundet Freude über das Lob des Abg. Lenz. Was Abg. Gläser geäußert habe, überrasche ihn nicht. An der Broschüre hätten auch Islamwissenschaftler der Abt. II mitgearbeitet; insoweit sei diese fundiert. Es sei gut gelungen, die komplexe Materie herunterzubrechen. Das Werk sei seriös. – Es sei schwierig, Clankriminalität in diesen Zusammenhang zu stellen. Um Clankriminalität kümmere man sich an anderer Stelle. – Natürlich könne der Verfassungsschutz in Schulen nicht Quellen nennen. Aber er sei Demokratiedienstleister, als solcher könne er in Schulen gehen. In letzter Zeit sei der Verfassungsschutz nicht in Schulen gewesen, aber er habe Herrn Fischer gebeten, über ein Konzept nachzudenken.

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) erklärt, die Broschüre richte sich an ein universelles Publikum. Schon Zehntklässler könnten damit arbeiten, auch das Fachpublikum könne sie als substantiiert wahrnehmen. Es sei Grundlage der Öffentlichkeitsarbeit, von möglichst vielen

Menschen verstanden zu werden. Darüber hinaus seien Handreichungen für ein spezielles Publikum denkbar. Er bitte um entsprechende Hinweise.

Holger Krestel (FDP) sagt, er habe nach einem Austausch zwischen Islamisten und kriminellen Clans gefragt. Diese Frage sei richtig zu beantworten. Ggf. könne die Antwort nachgeliefert werden.

Stephan Lenz (CDU) interessiert die weitere Planung. Angebote müssten auch nachgefragt werden, dies sei ein Problem. Bis wann sei mit einem Konzept zu rechnen? – Der Verfassungsschutz habe einen Erkenntnisvorsprung und könne daher besser informieren als Laien.

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) meint, man werde am Ende des 1. Halbjahrs dazu kommen, nähere Überlegungen zu äußern. – Die Auflage der Broschüre betrage 8 000 Exemplare.

Tom Schreiber (SPD) erklärt, dass für Überlappungen zwischen Organisierter Kriminalität und Islamismus nicht der Verfassungsschutz zuständig sei. Man werde sich das Lagebild OK ansehen.

Holger Krestel (FDP) erwidert, diese Erkenntnis sei kosten- und sinnlos. Dies habe er gewusst. – [Tom Schreiber (SPD): Aber nicht verstanden!] – Die Frage sei, wie man dieses Problem definiere. Wenn kriminelle Gruppierungen islamistische Strukturen benutzen könnten, dann wäre dies auch Sache des Verfassungsschutzes, ebenso, wenn islamistische Denkweisen das Handeln der Clans beeinflussen könnten. Der Verfassungsschutz müsse mit der Polizei zusammenarbeiten.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Welche Pläne hat der Innensenator bzgl. der
Spionageabwehr des Berliner Verfassungsschutzes,
insbesondere in personeller, finanzieller und
organisatorischer Hinsicht?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0048](#)
VerfSch

Stephan Lenz (CDU) bemerkt, dass laut einem Interview des Innensensors ein Ausbau der Aktivitäten des Berliner Verfassungsschutzes zu erwarten sei. Was sei damit gemeint? Wie solle der Ausbau vonstattengehen?

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) führt aus, dass Quantität und Qualität von nachrichtendienstlichen Aktivitäten in Berlin zugenommen hätten. Hier gebe es viele Agenten ausländischer Geheimdienste. Man arbeite eng mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zusammen. Nicht gut aufgestellt sei man in Bezug auf die Cyber-Spionage. Man verhandle seit Monaten mit dem BfV über eine stärkere Unterstützung durch dieses. Man strebe eine bilaterale Vereinbarung mit dem BfV an. Der Ausschuss werde ggf. informiert.

Stephan Lenz (CDU) signalisiert Einverständnis. Wann sei das Zustandekommen einer Vereinbarung zu erwarten?

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) erwartet Ergebnisse im Mai.

Benedikt Lux (GRÜNE) hält für sinnvoll, dass der Bund eine stärkere Zuständigkeit für die Spionageabwehr übernehme. Berlin sei vor allem wegen der Botschaften betroffen. Beim Bund sollte mehr Kompetenz aufgebaut werden.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Frage der Fraktion Die Linke:

Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über Verdächtige im Zusammenhang mit der Serie von Brandanschlägen in Neukölln und Übermittlung dieser Erkenntnisse an den polizeilichen Staatsschutz im Januar 2018

Frage der CDU-Fraktion:

Welche Erkenntnisse hat der Verfassungsschutz über den ehemaligen freien Mitarbeiter der Amadeu-Antonio-Stiftung, gegen den Ermittlungen wegen eines Brandanschlages auf das Auto eines AfD-Politikers geführt werden?

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) erklärt, dass zu den Fragen der Linken und der CDU nur nichtöffentlich Stellung genommen werden könne.

Ronald Gläser (AfD) fragt, ob man Informationen über die Zusammenarbeit der betreffenden Personen mit staatlichen Stellen bekommen werde.

Vorsitzender Florian Dörstelmann stellt fest, dass diese Fragen in nichtöffentlicher Sitzung beantwortet würden.

Kurt Wansner (CDU) erklärt, bei dem Anschlag auf das Auto eines AfD-Politikers habe möglicherweise die Amadeu-Antonio-Stiftung eine entscheidende Rolle gespielt, weil ein Mitarbeiter der Stiftung möglicherweise dabei beobachtet worden sei. Zwei Wochen davor sei das Auto des CDU-Politikers Herrmann schwer beschädigt worden. Sei dem Senat inzwischen bekannt, wer in solchen Fällen die Hauptrolle spiele? Die Amadeu-Antonio-Stiftung verleugne noch nicht einmal ihre Nähe zur Gewalt. Sei dem Senat und dem Verfassungsschutz bekannt, welche Rolle diese Stiftung in der Gewaltszene der Stadt spiele?

Ronald Gläser (AfD) erwidert, dass der Geschädigte des Brandanschlags in Neukölln kein AfD-Mitglied sei. Er sei ausgeschlossen worden und gehöre der AfD nicht mehr an.

[Die weitere Besprechung ist nichtöffentlich.]

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.